

Unsere Alternative heißt Solidarität!

Position der ver.di Thüringen zum Umgang mit der AfD

ver.di steht für die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit und gleicher sozialer Chancen in Betrieb und Gesellschaft. In unserer Gewerkschaft setzen wir uns ein für eine pluralistische Gesellschaft, in der Toleranz und gleiche Rechte gelten, unabhängig von ethnischer Herkunft, Geschlecht, Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, vom Alter oder der sexuellen Identität. Besonderes Augenmerk legen wir auf die Verwirklichung der Geschlechterdemokratie und der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern in Betrieb, Wirtschaft, Gesellschaft und Politik, auch unter Anwendung des Gender Mainstreaming. Nicht zuletzt stellen Solidarität und Internationalismus wichtige Grundprinzipien unserer betrieblichen und gesellschaftspolitischen Arbeit dar.

Politisch streiten wir unter anderem für eine Stabilisierung und Erhöhung des Rentenniveaus und für die Aufwertung kleiner Renten, für eine bessere Ausstattung der Finanzen von Bund, Ländern und Kommunen. Die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer und eine höhere Besteuerung von Erbschaften sind dafür aus Sicht von ver.di wesentliche Instrumente. Auch die umfassende Integration von Flüchtlingen in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt gehört zu unseren politischen Forderungen.

Der zunehmenden gesellschaftlichen Spaltung in Arm und Reich setzen wir die Forderung nach mehr sozialer Gerechtigkeit und Solidarität entgegen. Als Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen wollen wir eine Gesellschaft, in der diejenigen unterstützt werden, die Unterstützung benötigen.

ver.di setzt sich mit gesellschaftlichen Fragen auseinander – auch mit Themen, die die AfD aufgreift – und steht dabei für eine inhaltliche und differenzierte Auseinandersetzung jenseits von Parolen, Schlagworten und einfachen Antworten, um gesellschaftlich vorhandene Probleme zu lösen.

Zur Durchsetzung unserer politischen Forderungen reden wir mit allen Parteien, die unseren grundsätzlichen Zielen nicht widersprechen. Die AfD gehört nicht dazu.

Wir haben uns die Positionen und die Äußerungen der AfD und ihrer Funktionäre und Funktionärinnen sowie Mandatsträger und Mandatsträgerinnen angesehen: Sie ist eine Partei der gesellschaftlichen Spaltung und des Neids. Sie spielt Alte gegen Junge aus, hier Geborene gegen Zugewanderte, „Nordeuropäer“ gegen „Südeuropäer“. Die AfD steht für rückwärtsgewandte Familienvorstellungen und Geschlechterrollen. Sie will den Sozialstaat abbauen und Steuern senken. Damit steht die AfD in grundlegenden Fragen in direktem Gegensatz zu unseren Positionen und Vorstellungen einer gerechten Gesellschaft.

Insbesondere die AfD in Thüringen vertritt völkisch-nationale Positionen und betreibt eine auf Angst setzende Politik. Die Arbeit der AfD im Thüringer Landtag ist weniger an Sachfragen interessiert als vielmehr an Selbstinszenierung und Polarisierung. Die AfD Thüringen ist für extreme Rechte offen. An ihren Demonstrationen in Erfurt haben sich militante Neonazis beteiligt, am Rande ist es regelmäßig zu gewalttätigen Übergriffen gekommen – auch auf ver.di-Mitglieder. Der Fraktionsvorsitzende der Thüringer AfD macht immer wieder durch NS-Anspielungen von sich reden, der bisherige Tiefpunkt war seine Rede Anfang 2017 in Dresden.

Eine Partei, die sich solche Spitzenfunktionäre leisten kann, ist eine Gefahr für unser Land und unsere Gewerkschaft. Wer mit beiden Organisationen sympathisiert, sollte seine widersprüchliche Haltung überdenken. Die AfD ist keine Partei für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und auch keine Partei der sogenannten „kleinen Leute“. Sie vertritt nicht unsere Interessen als abhängig Beschäftigte und schon gar nicht als Erwerbslose.

Wir wollen über die rechtspopulistischen und gewerkschaftsfeindlichen Ziele und Vorstellungen der AfD in unserer Organisation und in der Gesellschaft aufklärend wirken.

Vor diesem Hintergrund beschließt der Bezirksvorstand Thüringen:

1. eine gewerkschaftliche Aufklärungskampagne zu starten und in Betrieben und Verwaltungen, in Mitgliederversammlungen und in der Öffentlichkeit verstärkt für die Werte von ver.di zu werben und über unsere Ansprüche offen zu diskutieren
2. keine Zusammenarbeit mit der AfD
3. Abgeordnete der AfD, ihre Parteifunktionäre und -funktionärinnen sowie Mandatsträger und Mandatsträgerinnen haben mit ihren gewerkschaftsfeindlichen und nicht an Fakten interessierten Diskussionen in den Reihen von ver.di keinen Platz
4. keine gewerkschaftlichen Räume zur Verfügung zu stellen
5. Funktionäre und Funktionärinnen sowie Mandatsträger und Mandatsträgerinnen nicht zu von ver.di organisierten Veranstaltungen einzuladen und in der Regel kein gemeinsames Podium mit ihnen zu besetzen

Der Bezirksvorstand Thüringen setzt sich dafür ein,

1. die Fassung eines gleichlautenden Beschlusses im Landesbezirksvorstand von ver.di SAT zu initiieren
2. eine gleichlautende Beschlussfassung im DGB herbeizuführen.